

Bezugspreis
monatlich 1500.—
in der Reichsteile 1600.—
in den Ausgabestellen 1700.—
durch Zeitungsboten 2000.—
am Postamt 2000.—
ins Ausland 900 deutsche M.

Verleger
2273. 3110.

Verlag: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei Fälscher Gewalt Betreibungsmaßnahmen Arbeitserhebung oder Ausweisung hat der Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Ercheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:

f. d. Millimeterzeile im

Anzeigenteil innerhalb

Polens ... 80.— M.

Reklameteil 240.— M.

Für Aufträge (Millimeterzeile im Anzeigenteil 40.— d. M.

aus Deutschland (Reklameteil 120.— d. M.

Die Entwicklung Danzigs und der Völkerbund.

Am 10. Januar waren drei Jahre verflossen seit dem Tage, an dem eine unter dem besonderen Schutz des Völkerbundes stehende „Freie Stadt Danzig“ geschaffen wurde.

Drei Jahre sind heute, da sich Ereignis auf Ereignis drängt, schon eine ziemlich lange Frist, — ein Zeitabschnitt, in dem sich besonders für die neu geschaffenen Staaten, die sich erst einzurichten haben, tief greifende Umwandlungen vollziehen können. So berechtigt das dreijährige Jubiläum der neuen schaffenen Freien Stadt zu der Frage, ob nach den bisherigen Ergebnissen der Freistadt-Vereinbarung als gelungen oder als mißglückt anzusprechen ist und wie weit der „besondere Schutz des Völkerbundes“ das Gedeihen des jungen Staatswesens wirklich gefördert hat.

Es muß festgestellt werden, daß der Völkerbund eine Reihe von Maßnahmen stillschweigend gebilligt hat, zum Teil sogar selbst angeordnet hat, die, rein sachlich betrachtet, der Freistadt Danzig nicht zum Vorteil, teilweise unbedingt zum Nachteil gereichen müssen. Der Völkerbund hat eine Entscheidung für sich: Er ist in seinen Entscheidungen nicht frei, er ist bei der Erfüllung seiner völkerrechtlichen Aufgaben gebunden und geleitet durch den Vertrag von Versailles.

Die Spuren dieser Fesseln zeigt die dreijährige Geschichte der Freien Stadt Danzig auf Schritt und Tritt.

Aber auch dort, wo der Völkerbund in seiner freien Entscheidung durch den Vertrag von Versailles nicht behindert war, hat er doch wohl nicht immer unbedingt das Interesse Danzigs zu wahrnehmungs genügt. Ein Beispiel dafür ist Danzigs Finanznot. Statt einer finanziellen Unterstützung erhielt Danzig am 25. März die Mitteilung, daß es für den ihm durch französisches und englisches Militär im Gründungsjahr gewährten „Schutz“ 227 757 Pfund Sterling und mehr als 4 Millionen Franken zu zahlen habe. Über die Erstattung des Wertes des ehemaligen Staatseigentums, das Danzig zugesprochen wurde, liegen endgültige Entscheidungen noch nicht vor. Die jetzt vorliegende Tatsache ist: Die aus dem Drum und Dran der Gründung entstandenen Lasten für die Freie Stadt gehen ins Riesenhafte. Ihre Bezahlung ist völlig unmöglich — der Völkerbund aber kann trotz aller Beratungen und Untersuchungen zu keinem Ergebnis kommen und Danzig hat inzwischen das schöne Vorrecht, außer den gewaltig gestiegenen Summen für die Beamtenbesoldung auch noch zur Hälfte das Gehalt für den Völkerbundskommissar aufzubringen, der mehr als die Hälfte der gesamten Staatsschulden für den Hohenaußschuß, dessen Anforderungen im abgelaufenen Jahre die Summe von 1,1 Milliarden deutscher Mark erreicht haben.

Der Völkerbundskommissar General Galing, der am 20. Januar mit Ablauf seiner Amtsperiode Danzig verläßt, um nach einem Urlaub als Höchstkommandierender der englischen Truppen nach Ägypten zu gehen, hat an die sehr unerfreulichen Entwicklung wahrlich nur sehr wenig Schuld. Ihm waren die Hände noch mehr gebunden als seinem Amtsvorgänger, dem Völkerbunds-Kommissar, dem polnische Veräufung ziemlich fern lag, hat er versucht, sein schiedsrichterliches Amt so gut wie irgend möglich zu verwirklichen. Die Aufgaben, die ihm gestellt wurden, waren zum Teil für ihn einfach unlösbar, weil wirtschaftlichen Notwendigkeiten oder politischen Selbstverständlichkeiten anderslautende Vertragsbestimmungen im Wege standen.

Stundung der Freistaat-Gründungskosten.

Während der letzten Tagung des Rates des Völkerbundes hat auf einen Danziger Antrag hin der Finanzausschuß des Völkerbundes vorgeschlagen, daß der Freien Stadt die Zahlung der ihr durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages auferlegten Gründungskosten gestundet wird. Der Rat des Völkerbundes hat beschlossen, den Vorschlag dem für die Frage zuständigen Wirtschaftsausschuß der Völkerbunds-Konferenz zu übermitteln. Dieser Ausschuß hat nun unter dem 6. Januar den Generalsekretär des Völkerbundes benachrichtigt, daß er beschlossen habe, eine zwölfmonatige Stundung, gerechnet vom 6. Januar 1923 an, in bezug auf folgende Verbindlichkeiten Danzigs einzutreten zu lassen: a) für das ehemalige deutsche Reichs- und preussische Staatseigentum, das Danzig zugeteilt ist, b) für Danzigs Anteil an der deutschen und preussischen Staatsschuld.

Der Ausschuß hat sich jedoch das Recht vorbehalten, die Schuldsumme Danzigs bis zum Tilgungstage mit 5 Prozent Zinsen zu belasten.

Bezüglich des Restes der Gründungsschuld (Kosten für die Interalliierte Verwaltung und Besatzung 1920 und Kosten für die Grenzfestsetzung) ist der Wirtschaftsausschuß nicht zuständig. Es ist zu erwarten, daß die Völkerbunds-Konferenz selbst eine Entscheidung fällen wird.

Die Vorschläge zur Besserung der Finanzlage Polens

Polnische Blätter bringen jetzt nähere Einzelheiten über die Finanzministerkonferenz und ihre Ergebnisse.

Die Konferenz begann am 9. Januar um 10½ Uhr im Belvederepalast unter Vorsitz des Staatspräsidenten. An der Konferenz nahmen teil: Ministerpräsident Sikorski, Sejmarschall Nalaj, Senatspräsident Trzmielowski, der Vorsitzende der obersten Kontrollkammer Zarnowski, sowie die früheren Finanzminister und Leiter des Finanzministeriums: Pilski, Gajlich, Karpiński, Grabowski, Steczkowski, Mikalski, Zaczek, Jastrzebski und Markowski. Mikalski konnte krankheitsbedingt nicht teilnehmen, reichste oberste Vorschläge schriftlich ein.

Bei der Eröffnung der Konferenz hielt der Staatspräsident Wojciechowski folgende Ansprache: „Der Herr Ministerpräsident hat Sie, meinem Wunsche gemäß, eingeladen, an der heutigen Konferenz zur Feststellung der Mittel zur Besserung der Finanzen der Republik teilzunehmen. Ich lade die Herren Marschälle des Sejms und des Senats ein, damit sie über den Charakter, den Zweck der Konferenz und über die von Ihnen vorgeschlagenen Mittel genau informiert werden. Diese Konferenz ist durch kein Gesetz vorgeschrieben. Die von Ihnen gefassten Beschlüsse können weder für die Regierung noch für den Sejm bindende Kraft haben. Die Konferenz hat durchaus nur beratenden Charakter. Ihr Ziel ist, auf Grund Ihres Wissens und Ihrer Erfahrung die in der Aktion der Sanierung der Finanzen des Staates anzuwendenden Mittel anzugeben. Die Ergebnisse der Beratungen werden dem Herrn Ministerpräsidenten überwiesen werden.“

Zu Beginn will ich auf die Vermögensgründe näher eingehen, von denen ich mich leiten lasse, als ich mich am 22. Dezember an den Ministerpräsidenten um Einberufung dieser Konferenz wandte. In der Nationalversammlung habe ich gelobt, jedes Übel und jede Gefahr dem Staat nachsichtig fernzuhalten. Ich denke, daß der böse Stand der Finanzen des Staates und die sich daraus ergebende Gefahr so ernst sind, daß ich, ohne die Stabilisierung der politischen Verhältnisse abzuwarten, die einschneidenden Schritte tun mußte, indem ich Sie um eine gemeinsame Meinungsäußerung über die Sanierungsmittel bat.

Zuerst bitte ich Sie, auf folgende Fragen zu antworten:

Aber das Budget.

1. Ist ein reales Budget möglich, das in der gegenwärtigen polnischen Mark ausgedrückt wird?
2. Kann man bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage des Landes die Deckung der notwendigsten Bedürfnisse des Staates in Steuern finden?
3. Welche außerordentlichen Steuern soll im laufenden Jahre zur Deckung des Budgetdefizits eingeführt werden?
4. Ist es angezeigt, die Investitionsausgaben in ein Sonderbudget zu fassen?
5. Ist es möglich, nennenswerte Mittel durch inländische und ausländische Anleihen zu erhalten?
6. Welche von den bisherigen Steuern sind zu kassieren, welche zu erhöhen, welche neue sind einzuführen, und wo ist die Progression anzuwenden?
7. Welche Steuerobjekte sind ganz den Selbstverwaltungen zu überlassen und welche Steuerzuschläge sind für die Stärkung der Selbstverwaltung einzuführen oder beizubehalten?
8. Wie muß die Kreditpolitik des Staates in bezug auf Kreditinstitutionen, gegenüber der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel sein?
9. Ist es technisch möglich, ein in 4000 Milliarden Mark zum Ausdruck kommendes Budget bei 800 Milliarden Emission durchzuführen?

Aber die Valuta.

1. Ist jetzt die Stabilisierung der Mark möglich, und auf welche Weise wäre sie zu erreichen?
2. Ist es jetzt möglich, zu einer festen Münzeinheit, dem polnischen Gulden, überzugehen?
3. Welches ist das beste Mittel für die Sanierung der Valuta und welche Vorkehrungen sind dazu unbedingt erforderlich?
4. Im Zusammenhang mit der Konferenz habe ich ungefähr 40 Aufzeichnungen erhalten, die ich durchgesehen habe, und von denen ich einige für geeignet hielt, auf der Konferenz gemeinsam mit den von Ihnen vorgelegten Aufzeichnungen vorzutragen. Vor Festlegung der Tagesordnung der Beratungen, die, wie ich annehme, noch mindestens drei Tage dauern werden, bitte ich die hier anwesenden Finanzminister oder Leiter des Finanzministeriums, in chronologischer Ordnung ihrer Amtstätigkeit ihre allgemeinen Ansichten über den Stand der Staatsfinanzen im Zusammenhang mit der Zeit ihrer Amtstätigkeit zu äußern. Ich bitte Sie nicht um eine einseitige Kritik der hier niedergelegten Projekte, sondern um positive Vorschläge.

Nach der Ansprache des Staatspräsidenten begann eine allgemeine Aussprache, und dann wurden die Aufzeichnungen verlesen. Zweck der Konferenz war die Festlegung der am Anfang gestellten Fragen über die Sanierung der Finanzen, der sich aus dem jetzigen Finanzminister Grabowski und den früheren Ministern Jastrzebski, Mikalski und Steczkowski zusammensetzte.

Nach fünfstündiger erschöpfender Diskussion nahmen die früheren Minister eine Reihe von Thesen an, die als Antwort auf die von ihnen gestellten Fragen anzusehen sind. Die den Staatshaushalt betreffenden sechzehn Thesen, deren Inhalt schon kurz wiedergegeben wurde (vgl. „Pos. Tagebl.“ Nr. 12), lauten:

1. Um das Staatsbudget ins Gleichgewicht zu bringen, ist es vor allen Dingen notwendig, daß in den Staatsbetrieben möglichst günstige finanzielle Ergebnisse erzielt werden, und zwar dadurch, daß a) aus ihnen selbständige Wirtschaftseinheiten gemacht werden, die eine eigene juristische Person darstellen und auf den Grundlagen der Privatunternehmungen geführt werden; b) daß sie gegebenenfalls verpachtet und sogar c) verkauft werden.
2. Notwendig ist ferner die Einschränkung der staatlichen Verwaltungsausgaben bis zum unbedingt notwendigen Minimum, die allmählich den Selbstverwaltungen überwiesen werden können. Hier kommen besonders in Betracht: Das allgemeine Schulwesen, das Spitalwesen, die öffentliche Fürsorge, die Arbeitsvermittlung und die Wegeverwaltung. Die Bedingungen, von denen die Verwirklichung des oben angeführten Grundgedankes abhängt, sind: a) Annahme eines Gesetzes für die Selbstverwaltung der städtischen und ländlichen Gemeinden, der Kreis- und Gemeindefinanzverwaltungen; b) die Teilung der

Steuereinkünfte zwischen Staat und Selbstverwaltung durch ein Gesetz.

3. Außerdem sind notwendig: a) Reduktion der Behörden und Ämter (unter anderem Aufhebung des Ministeriums für öffentliche Gesundheit und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten mit Überweisung ihrer Aufgaben an andere Ministerien) und Zusammenfassung einzelner Ministerien und Ämter; b) Zentralisierung der Verwaltungsbefugnisse erster und zweiter Instanz; c) bedeutende Herabsetzung der Zahl der Staatsfunktionäre.

4. Da die bisherige Ersparungsaktion nicht die erwarteten Resultate ergeben hat, muß zwecks erfolgreicher Durchführung dieser Aktion ein Kontrollorgan mit weitgehenden Vollmachten geschaffen werden.

5. Um die Ausgaben zu verringern, müssen in der Zeit der Sanierung alle Investitionen unterbleiben.

6. Da bedeutend mehr als die Hälfte aller Ausgaben im Finanzplan für das Jahr 1923 auf das Heer und auf die Eisenbahnen entfällt, ist es erforderlich: a) die Heeresausgaben bedeutend einzuschränken; b) das Eisenbahnbudget vom allgemeinen Staatsbudget abzusondern und die Leistung der Eisenbahnen einem hervorragenden Fachmann zu übergeben.

7. Um die Staatseinnahmen zu vergrößern, ist das Tabakmonopol beizubehalten, gleichzeitig aber, um den Staat administrativ und finanziell zu entlasten, zu verpacken.

8. Innerhalb der Grenzen der gegenwärtigen Budgetausgaben ist es unmöglich, einen Budgetausgleich nur dadurch zu erreichen, daß die öffentlichen Ausgaben erhöht werden, solange nicht bedeutende Einkünfte des Staates aus anderen Quellen erzielt werden.

9. Die Erhöhung der öffentlichen Abgaben bis auf ihre Vorkriegeshöhe ist möglich, erfordert aber eine solche Veranlagung und Einziehung, daß die Abgabensätze automatisch und proportional dem Sinken der Kaufkraft der polnischen Mark bis zur Zeit ihrer Stabilisierung steigen.

10. Die in der letzten Zeit vom Finanzminister ausgearbeiteten Steuervorschläge (Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Einkommensteuer) werden als zweckmäßig anerkannt. Zweck weiterer Vermehrung der Staatseinnahmen ist notwendig, daß: a) ein Spiritusmonopol eingeführt wird, dessen Verwaltung besonderen Organisationen obliegen soll; b) daß das Pollagio bis zur Höhe der Kaufkraft der polnischen Mark erhöht wird, wobei gleichzeitig der Polltarif einer Revision unterzogen werden soll; c) daß die Leistungsfähigkeit der Finanzbehörden und das Niveau des öffentlichen Dienstes gehoben und die Grenzen streng bewacht werden; d) daß die Ausgabe vereinfachter Vorschriften über Finanzabgaben beschleunigt wird.

11. Der Grundsatz der Progression darf nur bei der Einkommen- und Vermögenssteuer angewandt werden.

12. Die Aufstellung des Budgets in nicht stabilisierter Mark ist annähernd möglich, nur wenn die Regierung ermächtigt wird, Änderungen vorzunehmen, die sich aus den Schwankungen der Kaufkraft der Mark ergeben.

13. Die Durchführung des Haushaltsvorschlages für das Jahr 1923 ist ohne bedeutende Emissionen nicht möglich.

14. Die Absonderung der Investitionsausgaben in jedem Budget und Rechnungsabluß ist notwendig.

15. Die Erlangung einer Inlands- oder Auslandsanleihe ist sehr erschwert, solange die Sanierung der Finanzen nicht den Weg der Realisierung beschreitet.

16. Die Erhebung gewisser öffentlicher Abgaben über die Vorkriegsnormen hinaus ist unter den gegenwärtigen Bedingungen grundsätzlich möglich und auf längere Zeit bedoten.

Die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungen ist so einzurichten, daß die Defizite durch Zuschläge zu den Staatssteuern gedeckt werden. Die Deckung durch Subsidien aus dem Staatschatz muß unterbleiben.

Die Wirtschaft.

1. Um Hindernisse in der Entwicklung der Produktivität des Landes zu vermeiden, ist es notwendig: a) das Gesetz vom 18. Dezember 1919 über die Arbeitszeit in der Industrie und im Handel mit den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz in Einklang zu bringen; b) die Zahl der Feiertage gemäß dem Gesetzentwurf vom 14. Februar 1921 zu verringern; c) die Strafbarkeit der freiwilligen Längerarbeit bis zu 2 Stunden täglich über die gesetzliche Norm hinaus aufzuheben; d) das Mieterschutzgesetz den heutigen Verhältnissen so anzupassen, daß es nicht die ganzen Einkünfte der städtischen Grundstücke, die die Quelle für den Reichtum des Landes und der Finanzeinkünfte sind, vernichtet. — Bei der Novellierung des Mieterschutzgesetzes sind nur die wirtschaftlich schwachen Mieter zu berücksichtigen; e) das Gesetz über die Agrarreform und die Militäranfiedelung ist so zu ändern, daß dem Staat für sein verkauftes Eigentum ein entsprechendes Geldäquivalent gesichert wird, und daß der Staat von der Last der Finanzierung der Agrarreform und der Anfiedelung bis zur Erlangung des Ausgleichs im Budget befreit ist.

2. Die Einfuhr muß durch Zölle, die Ausfuhr durch Ausfuhrabgaben und nicht durch Ausfuhrverbote geregelt werden.

3. Die Kreditaktion aus dem Staatsbudget muß aufgegeben werden.

Valuta.

1. Die Stabilisierung der Mark ist erst dann möglich, wenn ein Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben erzielt wird und das Drucken des Papiergeldes aufhört.

2. Die Einführung einer Valuta, die sich auf Edelmetall stützt, ist heute verfrüht.

3. Die Sanierung der Valuta beruht auf der Einschränkung der Staatsausgaben, auf der Steigerung der Ertragskraft der Einnahmequellen des Staates und gleichzeitiger Steigerung der Produktivität

bei möglichem Verbrauch. Die Sanierungsaktion kann durch größere Anstrengung der Bevölkerung auf dem Gebiete öffentlicher Abgaben im Verein mit der Möglichkeit einer Realisierung größerer Staatsobjekte und der Aufnahme einer Auslandsanleihe beschleunigt werden. Zugleich mit der Einleitung der Sanierungsaktion sind Vorbereitungen zu treffen, die den Zweck verfolgen, eine Emissionsbank in Form einer Gesellschaft zu schaffen, die sich auf Edelmetalle und ausländische Valuten stützt, die teils vom Staate, teils von Privatpersonen des In- und Auslandes eingebracht werden.

Politische Garantien.

Um eine möglichst schnelle und erfolgreiche Durchführung des Sanierungsplanes zu sichern, sollen im angegebenen Sinne ausgearbeitete Vorschläge einem besonderen Komitee zur Beschlußfassung vorgelegt werden, der sich aus Sachleuten, die vom Sejm und Senat gewählt werden, sowie aus ernannten Personen zusammensetzen soll. Der Rat soll aus möglichst wenig Mitgliedern bestehen.

Polnisches.

Gründung des Freundschaftsbundes evangelischer Kirchen Polens.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Am Mittwoch vormittag trat die erste Delegiertenversammlung zur Gründung des Freundschaftsbundes evangelischer Kirchen in Polen im Anschluß an den Weltbund evangelischer Kirchen unter dem Vorsitz des Dr. Namy aus Stockholm zusammen. Die Gründung des Freundschaftsbundes soll vom 1. Juli 1922 datiert werden. Vorort des Bundes sind abwechselnd auf je zwei Jahre Polen und Warschau. Die erste Verordnungsperiode Polens läuft bis zum 20. Juni 1924. Zusammengefaßt sind die Kirche Anglikanischer Konfession Konzeptions, die unierte Kirche in Pommern, in und Polen, die unierte Kirche in Oberschlesien, die Kirchen lutherischer und baptistischer Konfession in Galizien, Pilsen, Lublitz, Kujawien. Die erste Delegiertenversammlung tagte drei Stunden im Gymnasium der evangelischen Gemeinde Warschau. Am Nachmittag fanden noch weitere Besprechungen statt, die bis zum späten Abend dauerten.

Die Rehrseite der polnisch-französischen Freundschaft

Der Warschauer Berichterstatter der „Times“ schreibt, während die polnische Gesellschaft die französischen Freundschafts- und Unterhaltungsvereinigungen erwirbt, beginne sie doch Zweifel über die Polen dadurch entziehenden Vorteile zu hegen. Die französische polnische Freundschaft habe eine Rehrseite, die jetzt zutage trete. Man sehe, daß die Entwertung der deutschen Mark auf die Haltung Frankreichs zurückzuführen sei. Die polnische Mark sei gleichzeitig mit der deutschen gefallen, was eine Erhöhung der Lebensmittelpreise und eine Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung zur Folge habe, die den einzelnen trafen. Die Lage der polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet sei ebenfalls bedauerlich. Die polnische Handelswelt habe seinen Wunsch nach weiteren äußeren Verbindungen, insbesondere weil der polnische Handel mit Deutschland weit größer sei als der mit Frankreich.

Das Tabakmonopol und die privaten Fabriken.

Wie polnische Blätter melden, haben im November v. J. die privaten Zigaretten- und Zigarettenfabriken in ganz Polen 4 1/2 Millionen Zigaretten, 378 1/2 Millionen Zigaretten und 382 Kilogramm Tabakfabrikat, die Staatsfabriken dagegen stellten in demselben Monat 1 389 000 Zigaretten, 135 Millionen Zigaretten und 142 000 Kilogramm Tabak her.

Der Sejm

Am Freitag nachmittag wieder zusammen. Ministerpräsident Sikorski wird in dieser Sitzung das Kabinett vorstellen und die Regierungserklärung abgeben.

Rücktritt des Vizeministers Tajans.

Der Vizeminister im Finanzministerium Wladislaw Tajans hat seine Demission eingereicht. Tajans wurde seit vielen Monaten namentlich von der Rechtspreßse außerordentlich scharf angegriffen, da man seine Unzulänglichkeit für verurteilt hielt. Die Einennung des neuen Finanzministers Grabski hat ihm nunmehr den Anlaß zur Niederlegung seines Amtes gegeben.

Die Streikbewegung im Lodzer Bezirk.

Nachdem in Lodz die Streikbewegung seit Ende Dezember im Ausgange stand, führten Lohnforderungen, die von den Unternehmern abgewiesen wurden, Anfang voriger Woche zu einem Streik der Schneider, Schuhmacher und der Lederarbeiter. Letztere forderten eine Zulage von 45–60 Prozent, worauf die Unternehmer überhaupt keine Antwort erteilten. Jedoch gaben die kleineren Firmen der Lederindustrie zum größten Teil nach. Ausbruch des

Streiks bei und unter anderen einseitigen Beiträgen mit den Arbeiterorganisationen. Nur die Großunternehmer blieben hartnäckig.

Auch die Streikbewegung erteilten nach mehr als 14tägiger Dauer einen Erfolg, indem nach Vermittlung des Arbeitsinspektors die Unternehmer am 19. Januar 40 Prozent Zulage bewilligten während die Fordern 41 Prozent betrug.

Am selben Tage brach aber in der Textilindustrie der Streik aus. Auch hier verhalten sich die Arbeiter der gegenüber der Forderung einer 50 Prozent Zulage sehr hartnäckig. Der Streik hat in alle Teile der Betriebe (etwa 230 Fabriken) ergriffen. Gleich am ersten Tage traten auch sämtliche Textilarbeiter in Zunijska-Wola, Działowa, Białowieża und Białystok in den Ausstand.

Am Sonnabend forderte der Arbeitsinspektor die Arbeiterorganisation auf, den Streik abzugeben, worauf die Unternehmer zu einer Konferenz bereit waren. Diese Forderung wurde abgelehnt.

Der Klassenverband erhielt ferner vom Regierungskommissar den Befehl, daß er die Abhaltung der anstehenden Versammlungen auf öffentlichen Plätzen verbiete. In dieser Angelegenheit wurde der Abg. Sierakowski im Regierungskommissariat vorbestellt, dem der Herr Regierungskommissar erklärte, daß er diese Verordnung im Einvernehmen mit dem Innenminister erlassen habe. Der Abg. Sierakowski erwiderte daraufhin, daß er diese Versammlungen als Abgeordneter einberufen werde. Auf diese Erklärung erfolgte von Seiten des Herrn Regierungskommissars ein Widerspruch. Es fand am dem Sonntag Abend eine Versammlung statt, an der 6000 Arbeiter hauptsächlich aus der Fabrik Gens teilnahmen. Der Abg. Sierakowski und Publisten hielten Ansprachen. Sie erklärten: Man müsse beim Streik beharren, um so auf die Kommission der Industriellen einzuwirken. Es wurde ein entsprechender Beschluß gefaßt.

Aus dem polnischen Parteileben.

Die Sejmifikation der polnischen Volkspartei (Piast) hielt am Dienstag eine Sitzung ab. In der der Abg. Witos endgültig den Vorsitz in der Partei niederlegte. In einer Entschließung wurde Witos das Vertrauen der Fraktion und die erneute Wahl des Vorsitzes beibehalten, ausgesprochen.

Vertreter der Rechten, und zwar die Abgg. Sądziński (Dubnowe), Marian Świątko (Mit. Vorkandidat) und Chajkowski (Unif. Dem.) wurden vom Ministerpräsidenten in Audienz empfangen. Der Inhalt der Unterredung wird geheim gehalten, doch heißt es, daß die Vertreter der Rechten dem Ministerpräsidenten die Bildung eines Koalitionskabinetts vorschlugen.

Das Urteil im Dabul-Prozess.

Das Urteil des Appellationsgerichts gegen den Abg. Dabul, durch das D. zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde (in erster Instanz war er zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden) wurde vom Obersten Gerichtshof als Kassationsinstanz bestätigt. Die Kassationsklagen des Verurteilten und der Staatsanwaltschaft wurden zurückgewiesen.

Wojewodschaft Schlessien.

Der schlesische Sejm

besaß sich in seiner Montagssitzung mit der zweiten Lesung des Einkommensteuergesetzes. Eine lebhafte Aussprache entspann sich über einen Antrag des Regierungsvizepräsidenten, Finanzrat Pawlita, der das Verheimlichen von vornherein gelöst werden sollte, nicht erst in zweiter Instanz, wie der Ausschussentwurf verlangt. Der Antrag wurde mit 116 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Ferner lag ein Antrag der deutschen Fraktion vor, der Schenkung der Kleinrentner bei Berechnung der Einkommensteuer mündig. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag des polnischen Sozialdemokraten Radziej auf Erhöhung des steuerfreien Einkommensminimums für das Jahr 1921 von 3000 auf 16 000 M. Der Antrag wurde abgelehnt.

Das Haus beschäftigte sich alsdann in dritter Lesung mit der Mietserhöhung, die für alle Mietsen das Dreifache der Mietzins vom 1. Juli 1914 beträgt. Das Gesetz wird in dritter Lesung mit sämtlichen Stimmen ohne wesentliche Änderung angenommen.

In zweiter Lesung beschäftigte man sich alsdann mit dem Antrag des Abgeordneten Brzozka (Korfanth-Volk) betr. Gewährung einer Anleihe von 7 Millionen deutsche und 17 Millionen polnische Mark für die Seminarinternate in der Wojewodschaft Schlessien zwecks Einkaufs billiger Waren. Der Antrag wird der Budgetkommission überwiesen.

Ein Dringlichkeitsantrag bezog sich auf die Erwerbung eines polnischen Internats in Pilsen, wozu 16 Millionen polnische Mark gefordert werden. Der Antrag wurde in erster Lesung angenommen und sodann der Budgetkommission überwiesen.

Ein anderer Dringlichkeitsantrag verlangt ein zinsloses Darlehen von 2 Millionen Mark für das Gymnasium in Sobraw. Die wirtschaftliche Lage der Stadt hat sich der-

maßen verschlechtert, daß sie für das Gymnasium keine Zuschüsse mehr leisten kann. Der Antrag wurde dem Schulausschuß überwiesen.

Drohbriefe an die deutsche Kaufmannschaft in Teschen

Am Sonnabend, dem 18. Januar, früh erhielten etwa 80 Kaufleute in Teschen Briefe mit dem Inhalt, binnen 18 Tagen die deutschen Waren zu entwerfen und durch polnische zu ersetzen. Die Unterschrift war zwar leserlich, jedoch in Teschen unbekannt, wie es politisch noch irgendwo gemeldet. Die Briefe, die vom 18. datiert und mit Poststempel von selben Tage versehen sind und nur mit 20 polnischen Mark statt 100 polnischen Mark frankiert waren, wurden so rasch expediert, daß sie schon um 11 Uhr früh in Händen der Adressierten waren. Auch wurde kein Traipost erhoben.

Aus der polnischen Presse.

Persönliche Erinnerungen an den Staatspräsidenten Wojciechowski veröffentlicht im „Robotnik“ der sozialistische Abgeordnete Berl. Er berichtet: „Wojciechowski kam in Warschau als Student der Naturwissenschaften eine hervorragende Stellung in der Bewegung der akademischen Jugend ein. Er wurde zum Präsidenten eines studentischen „Bundes“ oder „Vereins“ („Stow“) natürlich eines Geheimbundes gewählt. Damals war der Sozialismus an der Universität Warschau modern; es war ein sehr unbestimmter Sozialismus, eher die revolutionäre Bewegung einer patriotischen Volksgemeinschaft. Wirkliche Sozialisten gab es bedeutend weniger, obgleich auch ihre Zahl ganz beträchtlich war. Wojciechowski hatte zu den dem Sozialismus nahe stehenden gehört. Bald aber schloß er sich unter dem Einfluß Eduard Abramowski dem Arbeitersozialismus an und trat in die von Abramowski gegründete Organisation „Arbeitervereinigung“ ein. Die „Arbeitervereinigung“ (Jednoczenie Robotnicze) nahm eine vermittelnde Stellung zwischen den beiden stärksten sozialistischen Organisationen ein, dem „Proletariat“ und dem „Verband der polnischen Arbeiter“. Die Vereinigung unterschied sich vom „Proletariat“ nur dadurch, daß sie den politischen Terror ablehnte — sonst waren ihre politischen Anschauungen ebenso unbestimmt und unklar wie die des „Proletariats“. Die „Vereinigung“ drückte zusammen mit dem „Proletariat“ einen Aufruf anlässlich des denkwürdigen Manifests in Lodz. Gens darinnen drangen in die Wohnung ein, wo der Aufruf gedruckt wurde und verhafteten die Drucker. Wojciechowski, der davon nichts wußte, kam nun am nächsten Morgen in diese Wohnung. Er wurde verhaftet, wand sich aber irgendwie geschickt aus der Sache heraus. Ränger in Warschau zu bleiben, war jedoch gefährlich — und Wojciechowski wanderte aus, zunächst nach Zürich, dann nach Paris, wo er auf dem Novemberkongress der polnischen Sozialisten in den Vorstand des Verbandes der polnischen Sozialisten im Auslande gewählt wurde. Wir begannen unsere Arbeit buchstäblich ohne einen Groschen zu haben. Es gelang zu sagen, daß wir die Beschlüsse des Pariser Kongresses mit der Hand unterschreiben mußten, um die verschiedenen Gruppen und einzelnen Personen in der polnischen Kolonie mit ihnen bekannt zu machen. Ich erinnere mich, daß ich mit Wojciechowski zusammen zu Dr. Kasimir Juski ging, der damals der Gruppe angehörte, die den „Przegląd Socjalistyczny“ (sozialistische Rundschau) herausgab. (Dmonski protegierte 1893 dieses Blatt und empfahl einen „parallelen“ Tätigkeit der „Sozialisten“ und „Patrioten“). — Unseren Pariser Bestrebungen machte die französische Polizei ein Ende, indem sie Anfang 1893 alle fünf Vorstandsmitglieder des Verbandes verhaftete. Wir trafen uns alle an im Korridor des Polizeigefängnisses. Nach einigen Tagen wurde uns mitgeteilt, daß wir auf Verfügung des Ministers des Innern aus Frankreich ausgewiesen würden und uns selbst die Grenze wählen könnten. Wir wählten England. Mit fünf Spiegeln fliegen wir in ein Sonderabteil des Waggon. Man brachte uns nach Calais. Ich erinnere mich, daß unterwegs in „Freundschaftlichem“ Geplauder die Spindel mit uns sehr über die französische Regierung schimpften. — Berl berichtet weiter ganz kurz über Wojciechowski Tätigkeit für die Partei; er erwähnt den von Wojciechowski organisierten ersten Kongress der P. S. in Wilna, wo Pilsudski von den russischen Genossen die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens verlangte, sowie Vorgänge in der Partei. Berl schildert dann kurz die Leitung der Partei in Polen durch die Wojciechowski und Josef Pilsudski, die sich beide auf ergänzten. Pilsudski wies der Partei die politische Richtung, brachte Schwung in die Bewegung, hegte große Pläne und stellte ihr große Zukunftsaufgaben. Wojciechowski war dagegen ein glänzender Organisator, ein unermüdlicher Arbeiter, hatte die nachfolgenden Aufgaben der Partei im Auge und pflegte die Verbindung der Partei mit der Arbeiterklasse. — Nach Verlegung der polnischen Drucker aus Lida nach Wilna wohnte Wojciechowski in der Druckerlei. Er besaß sich übrigens dort nur, wenn der „Robotnik“ geschrieben und gedruckt werden mußte. Sonst war er beständig auf Reisen. Den „Robotnik“ redigierten Pilsudski und Wojciechowski — manchmal beide zusammen, manchmal nur einer

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Duncker, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Dagen.

(Nachdruck unterlagt.)

I.

Der tiefe, eng geschnittene Talgrund lag unter den Felsen wie ein wogendes graues Meer. Die dampfenden Schwaden zogen sich die Hänge hinan, umfingen Wälder, und Matten mit ihren bleichen Schleimern, saugten die Luft auf, verschlangen ganze Wälder und knüpften sich endlich oben in den wild zerfetzten Gratgaden fest, die über dem fast senkrecht ansteigenden Wäldbachgraben ins Blaue strebten.

„Ich denke, wir geben es auf!“ schalt der Kleinere der beiden fast gleichartigen Bergsteiger, die sich in harter Kletterarbeit auf wogendem Felsgerüst abmühten, aus der dunstigen Tiefe nach der luftigen Höhe zu kommen. „Nun hängt sich der Rebel auch noch in den Grauwänden fest — was hat es da für einen Zweck, zweitausend Meter hoch zu steigen?“

„Na, na,“ versuchte ihn sein Wandergenosse zu bejähigen, „Du mußt ja gerade, als ob die Berge nur schön wären, wenn lachende Sonne auf ihnen liegt!“

„Eind sie auch!“ rief der andere voll Eifer und ließ sich leuchtend auf einem der Felsblöcke nieder, die wie in dem Geröllfeld lagen. „Und vor allem bin ich kein Mensch der allein um des Kletterns willen Hunderte von Metern in die Höhe steigt. Mir ist jede Bergfahrt eine Mühe, die durch die Aussicht belohnt sein will!“

„Die Aussicht, Fritz, oder wenigstens die Fernsicht,“ beharrte der Ältere ein wenig überlegen den Jüngeren, „soll von unserem Wilden Jäger aus gar nicht einmal so überausend sein, es sei denn, daß wir uns noch dazu auftraffen, die Große Wildspitze zu machen!“

„Ich bin doch nicht wahnsinnig geworden!“ fuhr ihm Fritz Vogelreuter brüsk in die Rede. „Und wenn ich das früher gemerkt hätte, daß die Fernsicht vom Wilden Jäger nicht so überausend ist, dann wäre ich viel lieber drunter in

Vallepp geblieben, statt wie eine Rebelkrähe hier zwischen den Felsblöcken herumzuirren.“

„Sei doch nicht so übellaulig!“ tabelte ihn Rudolf Fernleitner mit leisem Lächeln, in dem der Schalk mitsprach. „Die Göttin Natur bietet ihre Reize eben nicht so billig feil! Man muß sich ein wenig mühen, um von ihr begnadet zu werden.“

Wieder schritten sie rüstig aus, stiegen auf absteigendem Geröll die steile Gasse hinan, bis sie den fischen Bergwald erreichten, der auf schmalen Grasbänken mutig Wurzeln geschlagen hatte, schlangen sich in mühsamer Kletterei von Felskante zu Felskante, überquerten auf schwindelnden Gratbändern ähnelnde Klüfte, zwängten sich durch enge Kamine, nahmen halbschweifliche Uebergänge und arbeiteten sich schließlich auf waldgedeckten Gratgaden bis zur Höhe, die wie die Ringmauer eines Kastells aus dem Rebel grüßte.

Die Lungen leuchteten, die Herzen pochten, als wollten sie unter dem Druck des wechselnden Windes bersten; klammernde Hände trakteten sich blutend an verwittertes Gestein, taufende Füße kämpften auf Tod und Leben um eine Handbreit festen Bodens, bebende Muskeln strafften sich zu übernatürlicher Anstrengung, und was die Kraft des ermüdeten Körpers nicht mehr hergeben wollte, das zwang der eisernen Willen, den Fuß auf eines Berges stolzes Haupt zu setzen, der als ein König galt unter seinesgleichen.

Während Rudolf Fernleitner, der Dichter, das Letzte einsetzte, um vor dem Wagnissen die ragende Felsrinne zu gewinnen, war es ihm, als kämpfte er mit einem Riesenz; langsam schritt er nicht mehr wie ein nüchterner Wirklichkeit mensch unserer rätselhaften Gegenwart über unheimlichen Fels, dessen Auswüchsen ihm natürliche Hindernisse boten; in war der unannahbare Regal, dessen Spitze wie ein geheimer Tempel in den Nebel raste, längst zum vorweltlichen Titanen geworden, der alles Gewürm, was sich vermaß, seinen heiligen Boden zu betreten, mitleidlos in seine Abgründe schleuderte. Nur ihm, dem Auserwählten, dem Menschen, der reif war zum Erleben des Schönen, des Erhabenen, konnte es bühnen sein, sich zu kühnen, das Leben einziehenden Wagen

über die anderen, die viel zu vielen zu schwingen, die drunter in der grauen Tiefe dahindämmerten, und den gewaltigen Urriesen zu zwingen, seine rätselvolle, weit über Menschen denken reichende Erhabenheit zu offenbaren.

Hätte Fritz Vogelreuter der Realist, für den alle Dinge, auch die letzten, ihren Marktwert hatten, des Freundes innerlichste Gedankengänge verfolgen können, so wären gewiß wieder die zuckenden Blitze des Sportes über sein sonst ruhig heiteres Gesicht geblitzt, und sein Mund hätte die heißenden, höhnenden Worte gefunden, mit denen alle nüchternen Wirklichkeitsmenschen die tanzenden Träume der Romantiker ächselnd lächeln. Aber es gelang ihm auch so, den Freund hart, unerbittlich und schonungslos aus seiner weicheitrunkenen Stimmung zu reißen.

„Uff!“ prustete er, als er dicht hinter Fernleitner die Steilpyramide, des grandiosen Gratabsturzes betrat. „Die Arbeit ist getan, und ich harre voll Spannung der leuchtenden Schönheit, die aus dem Chaos taucht!“

Rudolf Fernleitner schweig und starrte in den treibenden Rebel, der auch die weite Hochfläche füllte; nur schien es, als wären die Schleier hier oben dünner, wie ganz feines Spinnweb, das mehr verbarg als unsichtig machte.

„Unter Wilder Jäger ist nach wie vor benebelt!“ versuchte es Vogelreuter mit billigem Witzeln. „Und wenn er sich nicht bald demaskiert, dann können wir uns für den Rest des Tages zu Rebelbühnen ausbilden lassen.“

Rudolf Fernleitner schweig und blickte sinnend in die brauenden Dämpfe, die allmählich immer lebhafter zu treiben begannen.

„Wir müssen hier gerade am Fuße jenes gewaltigen hochalpinen Riesbodens stehen, der sich in einem Zug, Wald, Alpen und Gebirg aufsaugt, von der Kleinen Wildspitze, die wir nun glücklich hinter uns haben, bis hinauf zum Gletscher erstreckt!“ beharrte Fernleitner den Freund, indem er eine Karte auszubringen begann. „Siehst Du hier: kleiner Wildgraben der sich direkt in den kleinen Wildsee brünnen ergießt!“

(Fortsetzung folgt.)

von ihnen. Wojciechowski schloß das Blatt und machte die Abzüge auf der Maschine. Wojciechowski pflegte ihm beim Herstellen der Abzüge zu helfen; meist ging er aber nachdenklich im Zimmer hin und her oder ließ sich in lange Gespräche ein. 1900 heiratete Wojciechowski und reiste nach London, um sich auszuwirken. Das hing mit der damals beschlossenen Verlegung der Druckerei nach Lodz zusammen, wo Wojciechowski sich niederließ. Wojciechowski hatte anfangs nur an eine zeitweilige Auswanderung gedacht, aber es fügte sich so, daß er lange in London hing blieb. Eigentlich nicht in London, sondern in der Umgebung Londons auf dem Lande, wo die Tolschjaner unter der Leitung Tschertkows eine Druckerei anlegten. Wojciechowski arbeitete eine Reihe von Jahren in ihrer Druckerei, war aber häufig in London, um Parteiangelegenheiten zu erledigen. Ob die Tolschjaner einen Einfluß auf Wojciechowski ausgeübt haben? Er sprach von ihnen in scherzhaftem Tone, es ist aber sehr wohl möglich, daß die Propaganda der Tolschjaner, die eine Abkehr von der Politik und statt dessen eine innere Verbesserung predigten, nicht ohne Einfluß auf Wojciechowski gewesen ist. — Perle, der inzwischen Medaillieur des „Nobolnik“ geworden war und 1900 aus dem Auslande nach Polen zurückkehrte, begegnete Wojciechowski erst wieder 1907 oder 1908 in Warschau. Dieser nahm damals an der revolutionären Bewegung nicht mehr tätigen Anteil, sympathisierte aber noch mit der P. P. S. und leistete der Partei Dienste. Er stand damals unter dem Einfluß des schon genannten Abramowski, dessen Theorie er annahm. Abramowski war ein Gegner des „Staatssozialismus“ und lehnte es ab, den Sozialismus durch die politische Gewalt zu verwirklichen. Wojciechowski widmete sich nur der Theorie Abramowskis folgend, praktisch der Gewerkschaftsbewegung. Seine Verdienste auf diesem Gebiet sind aufzuzählen. Er wich jeder Fälschung mit der sozialistischen Bewegung aus. — Obwohl Wojciechowski sich immer mehr vom Sozialismus und unserer Partei entfernte, hat er seine persönliche Erinnerung an den Staatspräsidenten, haben wir nicht aufgegeben, ihn zu schätzen, da wir die unbedingte Loyalität seiner Absichten und die Mäßigkeit seiner sozialen Arbeit kennen.

Frankreichs Friedenspolitik.

Befestigung von Dortmund und Hörde.

Am Dienstag kurz vor 12 Uhr mittags wurde auf dem Dortmund Hauptbahnhofe der erste Transportzug mit französischen Truppen entladen und damit die Befestigung des Ruhrgebietes auch auf Dortmund ausgedehnt. Auf dem Bahnhof in Dortmund liegt ein Kommando von 100 Mann zur Bewachung des Bahnhofes. In Hörde bei Dortmund sind die Franzosen ebenfalls eingetroffen.

Eine Erklärung Poincarés über die Befestigung Dortmunds.

Aus Paris wird gemeldet: Poincaré erklärte französischen Pressevertretern gegenüber, die Befestigung Dortmunds habe sich als notwendig erwiesen, weil die Dortmund-Kraizentrale das Industriegebiet mit elektrischem Strom versorge. Ferner sei Dortmund der Ausgangspunkt des Eisenbahnnetzes im Ruhrgebiet. Poincaré fuhr fort, die französische Regierung habe Grund zu der Annahme, daß die Reichsregierung baldigst zur Einsicht der von ihr begangenen Fehler gelangen werde. Die Industriellen des Ruhrgebietes würden beim Reichsanwalter vorstellig werden. Es werde ihnen jedenfalls gelingen, die Regierung zu einer weniger unnachgiebigen Haltung zu bestimmen.

Neue Beratungen der Franzosen mit Vertretern der Bechen.

Die französische Regierungsbehörde hatte die Vertreter der Bechen auf Dienstag zu einer neuen Konferenz geladen. In dieser Konferenz waren alle großen deutschen Bergwerke vertreten. Von französischer Seite nahmen u. a. der Kohlenkommissar Coste und die Generale Simon und Devigne teil.

Daß jetzt die militärischen Behörden die Regelung der Kohlenfrage in die Hand genommen haben, ging daraus hervor, daß General Devigne allein das Wort führte. Er verlas einen neuen Befehl und betonte, daß dies der letzte sei. Falls die Bergwerke diesen Befehl nicht befolgten, würden sie großes Unglück über ihr Land bringen. Die Lieferung von Reparationskohle müsse unbedingt sofort wieder aufgenommen werden. Jedenfalls würden die in der Versammlung vertretenen Gesellschaften sich schweren Sanktionen aussetzen. Der General teilte mit, daß als erste Sanktion für das Verbot der deutschen Regierung, Kohlen zu liefern, Dortmund besetzt worden sei. Sollte der Widerstand andauern, so würden weitere Sanktionen folgen.

Beratungen mit den Gewerkschaften.

Am Anschlag an die Konferenz mit den Vertretern der Bechen fanden am Dienstag Beratungen der Franzosen mit Vertretern der Gewerkschaften der Bergarbeiter und Metallarbeiter statt. Bemerkenswert ist, daß der sowohl von den Bechenvertretern wie den Gewerkschaften wiederholt eindringlich ausgesprochene Wunsch, mit beiden Gruppen gemeinsam zu verhandeln, von General Devigne abgelehnt wurde.

Protestkundgebung des Gewerkschaftsbundes.

Der Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, dem der Gewerkschaftsbund der Angestellten, G. D. A., der Verband deutscher Gewerkschaften, der Allgemeine Eisenbahnerverband und der Beamtenring angehörend, hat zur Befestigung des Ruhrgebietes durch die Franzosen folgenden Aufruf erlassen:

„Durch den unerhörten Rechtsbruch Frankreichs wird das deutsche Volk an seinem Lebensnerv getroffen. Frankreich setzt seinen Fuß auf freies deutsches Gebiet. Mit militärischen Machtmitteln marschieren Frankreich mit Belgien gegen die friedliche, wehrlose deutsche Bevölkerung, treibt sie angesichts der schon jetzt unerträglichen Wohnungsnot von Haus und Herd und verlangt Gehorsam von allen Deutschen im neu besetzten Gebiete. Verwaltungsborgane, Gendarmen, Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände usw. haben unter Androhung schwerer Strafen den Befehlen Frankreichs nachzukommen.

Kein Vertrag gibt den französischen Machthabern das Recht zur Anwendung terroristischer Gewalt gegenüber einer wehrlosen arbeitssamen Bevölkerung. Frankreich zerreißt den von ihm selbst unterzeichneten Friedensvertrag und setzt den Krieg mit der Waffe in der Hand fort. Es geht Frankreich nicht um Erfüllung und Wiederaufbau, sondern um Zerstörung und Auflösung. Ein ungeheurer französischer Imperialismus betreibt die Zerstörung der deutschen Einheit und der deutschen Wirtschaft durch Anlegung unendlicher Provinzen und den Raub unserer Eisen- und Kohlengruben. Der französische Vorfälschungswahn bedroht den Frieden der Welt und die Sicherheit und Wohlfahrt Europas.

Die ersten Opfer dieser Gewaltpolitik sind die Arbeiternehmer. Am schwersten zu leiden haben die von der Gewalt unmittelbar betroffenen Volksangehörigen. Neben gilt unser Gruß und die Versicherung unendlicher Treue und Unterstützung und Opferbereitschaft. Bleibt einig und treu, damit durch unseren von Einheit und Entschlossenheit getragenen Protest die Gewerkschaft Frankreichs zerschanden gemacht wird. Wir stellen uns hinter die deutsche Regierung und sind gewillt, sie in allen

Maßnahmen zu unterstützen, die sie zum Schutze von Freiheit und Recht trifft.

Die Reparationskommission.

Stellte, wie aus Paris gemeldet wird, am Dienstag mit den Stimmenthaltungen Frankreichs, Belgiens und Italiens bei Stimmenthaltung Englands zwei weitere vorläufige Nichterfüllungen Deutschlands fest. Es handelt sich dabei um die Holz- und Kohlenlieferungen und um Viehlieferungen. Die Feststellung der Nichterfüllung ist von Frankreich und Belgien gemeinsam durch eine von der belgischen Delegation aufgestellte Note beantragt worden. In der Note wird betont, daß die Reichsregierung durch Schreiben vom 13. Januar die Reparationskommission davon in Kenntnis gesetzt habe, sie sei während der Dauer der Vernehmung des Vertrages durch Besetzung des Ruhrgebietes nicht in der Lage, an die dafür verantwortlichen Mächte Lieferungen zu machen. Die Note weist ferner die Einstellung der deutschen Kohlenlieferungen für Frankreich und Belgien und der deutschen Viehlieferungen für die beiden Staaten durch Anführung deutscher Mitteilungen nach. Während der kurzen Debatte in der Kommission trat Barthou als erster Redner für die Annahme des französischen Beliebens. Auftrags ein. Der Vertreter des französischen belgischen Delegierten G. Campbell Cool, nach die Erklärung ab, er werde sich der Abstimmung enthalten, weil die betreffenden Nichterfüllungen Folgen einer Politik seien, deren Unterbrechung die britische Regierung abgelehnt habe. — Der italienische Delegierte erklärte, er werde für die Feststellung stimmen; er betonte, daß Italien den französischen belgischen Antrag nicht unterzeichnet habe, weil die deutschen Kohlenlieferungen für Italien nicht suspendiert worden seien. Der belgische Vertreter de la G. trat ebenfalls für die Annahme des Antrages ein. Der offizielle Vertreter Amerikas, Woodrow Wilson, schweigen.

Die Tschoslowakei war freundlichst gebeten worden, mitzumarschieren.

„Giornale d'Italia“ meldet aus Prag: Die französische Regierung hat die tschechische Regierung aufgefordert, sie möge eine Teilmobilisierung vornehmen, um im gegebenen Augenblick einen Einfall nach Sachsen durchzuführen. Die tschechische Regierung verlangte darauf eine große Frankenanleihe, um die Mobilisierung durchzuführen zu können. Die französische Regierung war aber nicht geneigt, dem Begehren der tschechischen Regierung Folge zu leisten, sondern wies darauf hin, daß in der Tschoslowakei infolge der Wirtschaftskrise ohnehin genug Arbeitslose seien und diese Arbeitslosen sehr geeignet wären, militärischen Einberufungen Folge zu leisten. Da die Anleihe völlig mißlungen ist, sind gegenwärtig Bemühungen der tschechischen Regierung im Gange, zu Deutschland freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, um an dem beabsichtigten russisch-deutschen Wirtschaftsabkommen Anteil zu nehmen und dadurch eine Milderung der tschechischen Wirtschaftskrise herbeizuführen.

Das Memelgebiet: Deutsches Kulturland.

Der Versuch der Litauer, sich das Memelgebiet mit Gewalt zu bemächtigen, bedeutet eine neue Etappe in dem zähen Ringen um dieses Land. Die Ansprüche der Litauer, in denen sie durch die verhängnisvollen Zerstörungen der Versäuer „Völkerbeglückung“ unterjocht wurden, werden aber von der Geschichte scharf widerlegt. Das geht aus einem eingehenden historischen Aufsatze hervor, den der Memeler Stadtbibliothekar Dr. Kemp in der „Vergangenheit“ veröffentlicht hat. Stadt und Land Memel sind niemals ein Bestandteil des litauischen Staates gewesen, vielmehr war das Gebiet nördlich der Memel früher in seiner staatlichen Zugehörigkeit geteilt; der Landstrich auf dem rechten Memelufer bildete von altersher einen Teil des altpreußischen Gauces Swalauen, während nördlich das Gebiet des Distrikts Kurland begann. Die Bewohner der Landschaft Swalauen nahmen eine Zwischenstellung zwischen Litauern und Altpreußen ein; sie gehörten zu den in einzelne Stämme zerstückelten litauischen Litauern, die politisch nicht zu dem Großfürstentum Litauen gerechnet wurden. Die Stadt Memel selbst ist eine urdeutsche Gründung, die älteste deutsche Städtegründung Ostpreußens. 1282 errichtete der Schmetternorden von Vilsbiburg an der Stelle, wo der kleine, aber schiffbare Dangelstuh in das Kurische Haff mündet, eine feste Burg, die nach dem Hais den Namen Mammelburg erhielt. Neben der Burg entstand dann bald eine Stadt, die nach den ersten hier angesiedelten deutschen Kolonisten ursprünglich den Namen Neu-Dortmund trug. Seit 1288 aber erkaufte der Ort als Wilhelmsburg, das heutige Memel, der Platz der Stadt war außerordentlich günstig gewählt, weil von hier aus das ganze Mündungsgebiet des Memelstromes beherrscht wurde und man auf dem Wasserweg in das Innere des Landes eindringen konnte. Es entspannen sich nun jahrhundertelange Kämpfe mit den Schweden, bei denen die Stadt wiederholt zerstört und verwüstet wurde. Um das verödete Land von neuem zu besiedeln, wurde auch die litauische Einwanderung gebudet. Die Stadt Memel aber blieb ein rein deutscher Platz und bildet noch heute mit ihren rund 35 000 Einwohnern eine geschlossene deutsche Volksmasse. Von Friedrich Wilhelm I. wurde dann die deutsche Einwanderung wieder kräftig gefördert, und zwar waren es hauptsächlich Ostpreußen und Salzburger, die jetzt das Memelland neu kolonisieren. Die Litauer haben ein zahlenmäßiges Übergewicht niemals erreicht. Daß alle Bewohner des Memellandes deutsche Kultur und Sprache hochhalten, ergab die Elternbeziehung, die im Frühjahr 1921 auf Anordnung der Besatzungsbehörde erfolgte. Von rund 17 000 Kindern der litauischen, besonders stark mit litauischen Elementen durchsetzten Kreise wurde nur für 89,6 Proz. litauisch, für 60,4 Proz. Deutsch als Familiensprache angegeben. Von 22 000 Schülern unter 14 Jahren wurde von den Eltern nur für 400, das heißt 1,8 Proz. Unterricht in litauischer Sprache gewünscht. Ist so die Sprache im wesentlichen deutsch, so ist dies ebenso mit der Kultur der Fall, in der das deutsche Element entscheidend gewirkt hat. Eine „litauische Frage“ hat es Jahrhunderte hindurch nicht gegeben, weil alle Memeler in der deutschen Kultur die Einheit erblickten, in der sie sich zusammenfanden.

Die Lage in Memel.

Am Mittwoch wurde aus Königsberg gemeldet: Der Telephonverkehr zwischen Memel und Königsberg wurde wieder aufgenommen. Die Stadt Memel befindet sich nunmehr vollständig in der Hand der Litauer. Die französischen Besatzungstruppen haben sich in die Kasernen zurückgezogen. In der Stadt ist alles vollkommen ruhig. Die Litauer, die in ziemlich großer Zahl eingezogen sind, verhalten sich sehr ruhig und anständig; zu irgend welchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die Regierung scheint von Gendarmen bereits nach Memel übergeföhrt zu sein. Das Erscheinen des „Memeler Dampfboot“ wurde unterzagt. — Über Memel ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Es scheint eine Art Waffenstillstand abgeschlossen zu sein. — Aber die Kämpfe an der Präfectur wird noch berichtet, daß die dort befindliche Besatzung die weiße Fahne hieße, nachdem eine Handgranate durchs Fenster geworfen worden war. Die Soldaten wurden auf den Hof geführt und entwaffnet. Die Habsburger der Alliierten auf der Präfectur wurden eingezogen. Bei dem Kampf um die Präfectur sollen zwei Franzosen und ein Litauer getötet worden sein. Beim Einmarsch der Litauer durch die Grabenstraße auf die Präfectur sollen außerdem zwei Litauer gefallen sein. In Memel wurden nach der Befreiung der Stadt durch die Litauer die bekannten drei Aufzüge angehängen. Deutlich hielt abends auf dem Neuen Markt eine Ansprache an die Arbeiter. Der Bürgermeister Gradow wurde abends festgenommen; ob er inzwischen wieder in Freiheit gesetzt worden ist, ist noch nicht bekannt. — Die deutschen

Beamten in Memel haben vom Auswärtigen Amt die Weisung erhalten, auf ihren Posten zu bleiben und sich vollkommen neutral zu verhalten. Sie unterstehen vorläufig noch immer dem Oberkommissar. Die Memeler Presse ist unter Zensur gestellt worden.

Rowno wünscht die Annexion Memels.

Nach einer „Gazeta“-Meldung aus Rowno wurde dort eine Versammlung zugunsten einer Annexion Memels durch Litauen abgehalten. Der Präsident der Republik habe die Teilnehmer empfangen und die Tendenzen seiner Regierung klar zum Ausdruck gebracht. Nach dem „Temps“ bräute er die Hoffnung aus, daß durch den Beschluß der Botschafterkonferenz Memel Litauen angegliedert werde.

Ein neuer Aufruf Pétisnés.

Aus Memel wird gemeldet: Oberkommissar Pétisné erließ folgenden Aufruf:

Bewohner des Memelgebietes! Im Namen der alliierten Mächte erhebe ich noch einmal den feierlichsten Protest gegen den blutigen Anschlag, der gegen das Memelgebiet verübt worden ist. Ich erkläre ausdrücklich, daß die alliierten Mächte auch weiterhin beabsichtigen, ihre Autorität über das Gebiet auszuüben.

Der Oberkommissar.

Wer trägt den Schaden?

Das „Memeler Dampfboot“, dessen Erscheinen, wie an anderer Stelle mitgeteilt wird, inzwischen von den Litauern verboten worden ist, wirft in seiner Sonntagsnummer die Frage auf, wer eigentlich den Schaden von dem Kampf zwischen Franzosen und Litauern tragen wird. Das Blatt schreibt:

Nach 4 1/2 Jahren „Frieden auf Erden“, den wir im Memelland wenigstens einzermachen hatten — denn wir sind vom Bürgerkrieg und vom Lärm der Kriegswaffen in dieser Zeit verschont geblieben —, knattern jetzt wieder rings um unsere alte Stadt Gewehre und Maschinengewehre, richten sich Drahtverhänge und Schützengräben auf, fliegt Blut, weil nationalitistischer Fanatismus das so will. Allerlei hat schon dieses Zwischenkrieg zwischen Krieg und Bürgerkrieg zerstört, das uns nach einer dem redlichen Aufbau seitens aller Gutwollender gewidmeten gewiß nicht leichten dreijährigen Arbeit als traurige Nachkriegsgabe beiseite ist. Die Frage ist nun am Platze, was werden soll in den verabschiedenen, angesichts unserer einzig dastehenden künftigen Lage möglichen Fällen. Glauben die Russen im Ernst, daß es ihnen, wenn sie Memel wirklich erobern sollten, wohl in ihrem Nest werden würde? Glauben sie, daß die Entente eine derartige „vollendete Tatsache“ werden anerkennen? Drohen nicht dann gerade der Stadt Memel die schwersten Gefahren? Nach den Beschlüssen des französischen und des englischen Ministerrates sind Kriegsschiffe nach Memel gegangen, ein nun auch amtlich aus Paris gemeldeter Vorzug, der doch kaum etwa in dem Sinne aufzufassen ist, daß Memel und das Memelgebiet der „Regierung“ Simonaitis oder gleich dem litauischen Staat zugesprochen werden? Wie aber in dem Fall, daß durch die alliierten Hauptmächte „die Lage wiederhergestellt“ wird, wie der militärische Ausdruck lautet? Mancherlei deutet darauf hin, daß verschiedene Versionen, die bisher mit Simonaitis durch die dicken Wände gingen, nicht wohl ist. Wir glauben auch, daß denen noch weniger wohl ist, welche es bis jetzt tun. Welche wirtschaftlichen Folgen jetzt bereits durch den Verlust der Summen sind bereits für und gegen diese unproduktive, zerstörende Sache aufzuweisen? Jeder kann sich ausrechnen, daß die Allgemeinheit jetzt schon auf das allerschwerste geschädigt ist. Wie hat für diesen Schaden aufzukommen und ihn wieder gutzumachen? Nur diejenigen, welche die Schuld und die Verantwortung für ihr Recht und Vernunft hochsprechendes Vorgehen, für die daraus entstandene Tragödie, die teilweise auch unter den Grenzgegriff Tragikomödie fällt, tragen!

Die polnische Beurteilung des litauischen Friedensbruchs.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Die polnische Presse fährt fort, Deutschland der Mitschuld am litauischen Einbruch in Memel anzuliegen und steht in der Ernennung des Vizepräsidenten zum Chef der Memeler Insurrektionsregierung den Beweis dieser Mitschuld. Da Gajgalat während des Krieges in deutschen Propagandadiensten stand und deutscher Staatsangehöriger sei. Tatsächlich war Gajgalat bereits in der Vorzeit litauischer Nationalist, der stets nur für die litauische Sache kämpfte. Auch als deutscher Staatsangehöriger während des Krieges war er in deutschen Propagandadiensten für Litauens Unabhängigkeit tätig und seit Abtrennung des Memellandes als glühender Feind Deutschlands für Memels Anschluss an Litauen in Wort und Schrift tätig. Gajgalat wird andererseits von deutschen Kreisen Memels und Ostpreußens heftig bekämpft. Daß er früher deutscher Staatsangehöriger gewesen und in deutschen Propagandadiensten stand, ist kein Beweis für Deutschlands Anteilnahme am Memelabenteuer.

Sowjetrußland.

Die russische Armee.

Ein früherer französischer Offizier, Genr. Molin, berichtet nach eingehenden Studien an Ort und Stelle in französischen Zeitungen über den Zustand der Sowjetarmee. Danach ist der Bestand von 1 500 000 auf 800 000 bis 850 000 eingeschränkt. Aber die Anstrengungen trotz, die Armee zu verbessern, sind von vollem Erfolge gekrönt worden. Der russische Soldat ist heute im allgemeinen gut ausgerüstet, gut genährt und hat eine ausgezeichnete Haltung. Die Kasernenstuben sind sauber, die Fähigkeiten der Soldaten gut verstanden, und die Einzelheiten machen einen tadellosen Eindruck. Die Disziplin scheint außerordentlich hart zu sein. Molin schildert, daß man es erleben kann, wenn man mit einem Offizier durch ein Lager geht, daß einem alle 10 Meter irgend ein Korporal, Feldwebel oder Soldat die Meldung erstattet, daß alles in Ordnung sei. Ein Offizier die Meldung laus mit einem seiner Vorgesetzten, ohne bei jedem Satz militärische Haltung anzunehmen und die Haken zusammenzufassen. Ist bleibt der Unteroffizier während eines ganzen Gespräches in streng militärischer Haltung vor seinem Vorgesetzten stehen, unter dauernder Befassung der Hand an der Kopfbedeckung. Die Fahne muß, wenn sie herausgetragen wird, von jedem begrüßt werden. Das rote des Fahnenluches verschwindet fast unter dem Gold der Stickeren. — Unter dieser verhältnismäßig glänzenden Außenseite merkt der Beobachter allerdings an allen Ecken und Enden den Mangel an Kriegsmaterial und die noch unzureichende Vorbereitung auf den Kampf mit europäischen Großmächten. Vor allem läßt auch die technische Vorbereitung zu wünschen übrig. Das Haupthindernis zur weiteren Ausgestaltung mit modernen Kampfmitteln ist die Finanznot Sowjetrußlands. In den oberen Kommandostellen und in den Generalstäben hat man, mit Ausnahme der Kavallerie, vor allem Offiziere des alten Regimes eingestellt. In die ausgewanderten Offiziere ist der Aufzug ergangen, in ihr Vaterland zurückzuführen und ihm zu dienen. Der Offizierstand läßt sich nicht immer auf Schwierigkeiten.

Eine Riesenunterkühlung in Moskau.

Aus Moskau wird gemeldet, daß in der Verwaltung des Zentralkomitees der kommunistischen Internationale eine Riesenunterkühlung entdeckt wurde. Es fehlen insgesamt 6 Millionen Rubel in Gold. Zu den Mitgliedern des Komitees, die über die Kontrolle des Geldes gesetzt waren, befinden sich einige Führer der französischen Kommunisten.

Klara Reimann
Fritz Beiche
grüßen als Verlobte.

Stellig Cöhen-Anhalt
Weihnachten 1922. 15039

Brillanten, Platin,
Gold und Silber
kauft
W. Kruk, Juwelier,
ul. 27. Grudnia 6. 1166

Wir liefern sofort preiswert ab Lager: 15063
Falzhuiseisen,
Gefäß, H- und Keilstollen.
Mecentra Maschinen-Zentrale
Poznań, ul. Błociszewskiego 13

Dampfplüge
kauft und erbietet Offerten
Centrala Plugów Parowych T. z.
Maschinenfabrik, O. p.
Poznań Z. 3, ul. Piotra Wawrzyniaka 28—30.
Telephon 41-52 und 21-21.
Telegr.-Adresse: „Centropług“.

Bermittle 15051
sämliche An- und Verkäufe
von
**Gütern, Fabriken,
Häusern, Mühlen**
und dergl. und bitte um Angabe des Preises, der
Größe und des Ansehens.
Bermittlungsbüro W. Tomaszewski
Rogoźno.

**Spezialgeschäft für moderne
Brunnenbauten** für die aller-
größten Betriebe.
Schwierigste Reparaturen unter Garantie.
Erduntersuchungen nach Mineralien.
Verschiedenartige Pumpen und Antriebe sowie
Wasserleitungen für alle möglichen Betriebe.
Posener Tiefbrunnen-Baugesellschaft u. Pumpenfabrik
H. M. Palzer, Poznań, Traugotta 6. Tel. 1568.

Pele u. Fette
in erstklassiger Qualität liefern
Sander & Brathuhn
Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 7019

Ausschneiden! Ausschneiden!
Postbestellung.
An das Postamt in
Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Parte)
für den Monat Februar 1923.
Name
Wohnort
Postamt
Straße

Offerieren zur kommenden Saison
Kalisalze u. ausländischen Kainit
sowie
inländisches Superphosphat
Poznański Bank Ziemiański T. A.

Departament Rolniczo-Handlowy
Poznań, Podgórna 10.
Filialen: Bydgoszcz, Grudziądz, Leszno, Ostrów.

Wir kaufen jedes Quantum
Flachsstroh, Heu u. Stroh lose und gepresst.
Haben grosse Nachfrage nach
**Flachs-Samen,
Klee u. Seradella.**

Wir zahlen die höchsten Tagespreise. Flachsstroh-Lieferanten stellen wir Plänen zur Verfügung, das gen Stroh- und Heu-Lieferanten empfehlen wir unter sehr günstigen Bedingungen
Oberschlesische Kohlen.

EKSPORT ROLNY
Telephon 79 **Kępno** Telephon 79
Ein- und Verkauf sämtlicher Landesprodukte und Kohlen.

Breitdrescher
mit und ohne Rollschüttler auf Automobilkugellager mit
schmiedeeisernen Stürnwänden und lenkbarer Fahrvorrichtung.

Bügel- und Sicherheitsgöpel,
von 1- bis 4-pferdig.

Toripressen und Torfelevatoren
fabrizieren als Spezialität:

Raszewski i Kruszk, Poznań.

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen.
446] Telephon 2891.

**leere
Fässer**

von Teer, Petroleum u.
Öl und jede sonstige Pre-
sant-Station.
Franz Gultmann,
Tczew (Dietrichau)
Tel. phon 120 und 75.

Karbid
in jeder Menge
offert. 150
M. Krugowski,
vorm. Th. Müller,
Poznań,
Św. Marcin 62.

Achtung! Trodenes, eichenes und birsenes
Stellmacherholz, Speichen und
Felgen, sofort wegen Abwanderung zu verkaufen.
A. Hajdis, Boronówko,
p. Mosina.

Arbeitsmarkt
Suche für gebildeten Herren, Berufsbeamter, Ende
30er, 18 Jahre im Juch, möglichst selbständige Stellung als
**Oberinspektor
oder Administrator.**
Pfeile Empfehlungen und Beweise. Eintritt bald oder
später. Offerten unter S. S. 5039 an d. Geschäftsst. d. Z.

Unverheirateter Brenner
für sofort gesucht. Best. Angebote unter D. 5016 an die
Geschäftsstelle des 3. Blattes erbeten.

**Evangelischer
Gutsstellmacher**
auf Deputat mit eigenem Handwerkszeug mit Voten
für sofort oder 1. 4. 1923 gesucht
Dom. Muchocin powiat
Mędzyski

**Düngekalk,
Portland-Zement,
Baukalk**

und alle anderen Baustoffe
liefern äußerst preiswert 15007

Gebr. Schlieper,
Baumaterialien-Großhandel,
Bydgoszcz.
Tel. 306-3-1. 15000

Automobilen,
Dampfmaschinen, Kohlen-
und Sauggasmaschinen,
komplette oder zerlegte Ein-
richtungen von Sägewerken,
Ziegeleien, Mühlen, sowie
sonstige Fabriken und
Werksstätten laßt auf eigene
Rechnung zu übergeben.
S. Jolka Inżynierska T. z. o. p.
Poznań, Bł. 11-9
Tel. 11-68. 15004

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 19. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Die Entführung
aus dem Serail“, Oper von W. A. Mozart.
Premiere. (Singspiel Jaruga Tscheta).
Sonntag, den 20. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Die
Jüdin“, Oper von Rossini.
Sonntag, den 21. 1., um 3 Uhr: „Hänel und
Gretel“, Märchenoper von Humperdinck.
(Preisermäßigung).
Sonntag, den 21. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Die Ent-
führung aus dem Serail“, Oper von
W. A. Mozart. Premiere. (Singspiel Jaruga
Tscheta).
Billetvorverkauf im Bazargeschäft des Herrn Görsch
im Hof- und Monopol-Gelände und am Theaterplatz.

Kino Apollo
Piekary 17 Piekary 17

Heute zum ersten Male:

„Sappho“

Liebesdrama in 6 Akten nach dem
Roman von Daudet.

In der Hauptrolle
Pola Negri.

**Beginn um 4 1/2, 6 1/2 und
8 1/2 Uhr.**

COLOSSEUM
Św. Marcin 65.

Vom 17. bis 22. Januar:

**Die Dame mit dem
Schandfleck.**

Gewaltiges amerikanisches Drama in 6 Akten.
In der Hauptrolle der berühmteste amerikanische
Filmstern **Geraldine Farrar.**

Maskenball.

Dienstag, den 23. Januar 1923 im Saale
„Kawiarnia 27. Grudnia“, ul. Wrocławska 18.
Frühere Schüler und Bekannte werden
hierdurch höflichst eingeladen.

Tanzschule Ilse Berger.

Anfang 8 Uhr. Kein Kostümszwang.

Auto-Reifen
Erstklassige Fabrikate
kaufen Sie am vorteilhaftesten
in der

**Ersten Posener
Dampf-Vulkanisier-Anstalt,**
Poznań, ul. Dąbrowskiego 36. Tel.: 2975.

Zugochjen gesucht.

Vertausche ca. 100 Rte. Maschinell gegen
Zugochjen.

Gest. Anfragen an 15034

Dom. Śródka, pow. Międzybórz.

Mit diesem Bewusstsein hat Natur die Grenzen seiner Wissenschaft bezeichnet; denn wie sich die Bildung seelischen Geschehens hinzugesellte, vermag die Entwicklungsmechanik nicht zu erklären. Sie brauche es auch nicht, sagt Natur, da die Betrieffende keine gestaltende Wirkung ausübe. Und doch sollte sie es, sagen wir, denn Biologie ist Wissenschaft vom Leben. Und so müssen wir wieder zu Leibniz zurückkehren, der Natur und Geist als harmonisierend ansah. Auch mit der Kausalität kommen wir nicht weiter, denn das Kausalgesetz ist nicht logisch notwendig. Dagegen ist, wie Leibniz sagt, unser Geist ein dunkleres Abbild jenes geistigen Seins, das der letzte Grund aller Dinge ist. Wenn alles mechanisch erklärlich ist, so sind doch die Gesetze der Mechanik selbst es nicht.

